

Cybersyn. Grundlage für eine dezentral gesteuerte Nationalökonomie ■ Seite 2

Staatsstreich und Schocktherapie. Chile und der Neoliberalismus ■ Seiten 4/5

Staat im Staate. Die Verbrechen der Colonia Dignidad. Ein Gespräch mit Jan Stehle ■ Seite 6

Die Tageszeitung
junge Welt

Puttsch in Chile



www.jungewelt.de/chile

Eine Beilage der Tageszeitung **junge Welt** | Mittwoch, 6. September 2023, Nr. 207



Belagert und beschossen. Einheiten des putschenden Militärs haben den Präsidentenpalast im Visier, wohin sich Chiles Präsident Salvador Allende zurückgezogen hatte (Santiago, 11. September 1973)

DPA/PICTURE-ALLIANCE

Globale Konterrevolution

Verdichtung von Raum und Zeit. Zur Bedeutung des Putsches in Chile. **Von Daniel Bratanovic**

In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mussten die Zeitgenossen durchaus den Eindruck haben, dass sich nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus in der Offensive befindet. Genossen hierzulande berichten, wie sie auf Weltkarten, die in den Parteibüros hingen, alle jene Länder mit roten Fähnchen markierten, die sich zu einem sozialistischen Entwicklungsweg bekannten. Es wurden ihrer immer mehr.

Ein erheblicher Teil der nachkolonialen Staaten Afrikas, viele Länder des arabischen Raums und nicht wenige Nationen Asiens schlugen diese Richtung ein. In Kuba hatten 1959 Guerilleros mit Fidel Castro und Che Guevara an der Spitze den mit Washington verbündeten Diktator Fulgencio Batista verjagt und alsbald begonnen, die Niederlassungen von US-amerikanischen Unternehmen zu verstaatlichen. Nachdem 1970 Salvador Allende, der Kandidat des Volksfrontbündnisses Unidad Popular, zum Präsidenten gewählt worden war, stellte die neue Regierung in Chile ebenfalls die Eigentumsfrage,

nationalisierte die Kupferminen und enteignete chilenische Unternehmen in der Hand von US-Konzernen.

Die Beseitigung der sozialistischen Regierung in Chile am 11. September 1973 und der Aufbau eines faschistischen Terrorapparats – übrigens mit Unterstützung alter Nazis, die nach 1945 entkommen waren –, der Oppositionelle gnadenlos jagte und ermordete, waren ein schwerer Schock für das Lager der Fortschrittsleute, aber in der zeitgenössischen Wahrnehmung noch lange nicht das Ende. Kein Jahr später machten progressive Offiziere unter dem Jubel der Massen Schluss mit der Salazar-Diktatur. Portugals Nelkenrevolution im April 1974 entließ dann rasch Guinea-Bissau, Angola und Mosambik aus der kolonialen Beherrschung. Die dortigen anticolonialen Befreiungsbewegungen optierten für eine sozialistische Orientierung. 1978 eroberte die Demokratische Volkspartei in Afghanistan die Macht, 1979 stürzte in Nicaragua die Sandinistische Befreiungsfront den Diktator Somoza, im gleichen Jahr übernahm eine nationalrevolu-

tionäre Partei die Macht im karibischen Inselstaat Grenada.

Noch bis zum Ende des Jahrzehnts konnten die Genossen also weitere Fähnchen auf ihre Weltkarten stecken und schienen begründeten Anlass zu den schönsten Hoffnungen auf einen Planeten ohne Ausbeutung zu haben. Was sie damals kaum wissen konnten: Die Welle revolutionärer Erschütterungen brach genau zu jener Zeit. Der real existierende Sozialismus war auf eine abschüssige Bahn geraten, seine Krise jedoch anfangs, zu Beginn der 70er Jahre, lediglich latent und daher nur schwer erkennbar.

Der Putsch in Chile und seine Folgen allerdings erweisen sich in der Rückschau von einem halben Jahrhundert als sehr viel bedeutungsschwerer denn als bloßer Dämpfer für eine Welt auf dem Weg zum Sozialismus. Das Jahr 1973 markierte mit der Zerstörung des 1944 geschaffenen Weltwährungssystems, der Durchsetzung marktradikaler Strategien bzw. einer Zurückdrängung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft einen epochalen Wendepunkt,

eine neue Periode in der Geschichte des Kapitalismus wurde eingeleitet. Vor dem Hintergrund der damals gerade in Gang gesetzten »dritten industriellen Revolution« in der Informationstechnologie hob ein Zeitalter an, das bisweilen – ungenau genug – neoliberale Globalisierung genannt wird.

Was auch immer sonst damit bezeichnet ist, diese Wende bedeutete eine Zurückdrängung der Macht der Lohnabhängigen in der gesamten kapitalistischen Welt, und in dieses Zeitalter fällt auch der Untergang der sozialistischen Staaten. Dieser Umschlag im Weltmaßstab verdichtet sich zu einem Tag an einem Ort: dem 11. September 1973 in Santiago. Das Terrorregime der Militärjunta in Chile schuf die Voraussetzung, gleichsam unter Laborbedingungen neoliberale Wirtschaftskonzepte zu probieren, die bald auch andernorts Anwendung finden sollten. Insofern steht dieser Tag nicht nur für das gewaltsame Ende des Versuchs, in Chile eine Ökonomie der Gleichheit und Gerechtigkeit aufzubauen, sondern auch für eine globale Konterrevolution.

Im Takt der Fernschreiber

Kybernetik und Synergie. Mit Cybersyn schuf Salvador Allende die Grundlagen für eine dezentral gesteuerte Nationalökonomie. **Von Barbara Eder**

Der 15. Juli 1971: Salvador Guillermo Allende Gossens, chilenischer Präsident und ehemaliger Spitzenkandidat der Unidad Popular, befindet sich seit gut einem Jahr im Amt und forciert weitere Umsetzungen seines ambitionierten Programms. Nachdem das Wahlbündnis der Unidad Popular am 4. September 1970 die Mehrheit aller Stimmen für sich entschied, stehen weitere Veränderungen an. Bislang hatte Allende Sozialprogramme formuliert, Bildungs- und Gesundheitsreformen beschlossen, Löhne erhöht und Land verteilt; in der Mittagszeit des 15. Juli unterzeichnet er im Roten Salon des Palacio de La Moneda ein Papier, das eine der bedeutendsten Verfassungsreformen Chiles besiegelt. Es schafft die juristischen Voraussetzungen für die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige des Landes, allem voran des Kupferbergbaus; zu diesem Zeitpunkt befanden die chilenischen Minen sich noch in privatem Besitz US-amerikanischer Konzerne, darunter Cerro Corporation, Kennecott und Anaconda.

Im Chile des Jahres 1971 verbarg sich hinter dem Schlagwort »Nacionalización« kein platter Populismus, sondern ein breit angelegter Wirtschaftsplan. Dieser Plan stellte die Wiederaneignung jener Produktionsmittel in Aussicht, die bislang Waren für den Export hergestellt hatten – er sollte den Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit einer noch jungen sozialistischen Republik ebnen. Anfangs stieß Allende dabei auf erhebliche Probleme: Das dezentrale Flickwerk aus Fabriken, Bergwerken und anderen Industriezweigen – einige waren erst seit kurzem nationalisiert, andere standen bereits unter staatlicher Kontrolle – ließ sich schwer koordinieren; zudem mangelte es an Konzepten zur Administration des expandierenden Industriesektors mit seiner wachsenden Zahl von Beschäftigten. Allende beauftragte Fernando Flores, den technischen Direktor der chilenischen Wirtschaftsförderungsbehörde Corfo und späteren chilenischen Finanzminister sowie seinen Berater Raul Espejo mit dem Konzept einer dezentralen Verwaltung sämtlicher Wirtschaftsbetriebe; dabei orientierten sich beide nicht am hierarchisch-zentralistischen Sowjetmodell, sondern entwickelten kybernetische Ansätze zur Steuerung der verstaatlichten Industrie. Das Projekt »Cybersyn« war geboren – benannt nach der angestrebten Synthese von Kybernetik und Synergie.



Arbeiter vor den nationalisierten Ford-Werken in Casablanca (28.5.1971)

Cybersyn war – anders als das US-amerikanische Arpanet – kein informationstechnologisch hochgerüstetes Netzwerk für den exklusiven Datenverkehr, sondern ein offenes Experiment zur bedarfsgerechten gesamtwirtschaftlichen Planung. Die technischen Möglichkeiten waren von Beginn an jedoch begrenzt: Während der Amtszeit Allendes war der Computerkonzern IBM in Chile aus Angst vor möglicher Verstaatlichung nur noch eingeschränkt tätig, infolge der anhaltenden Blockade durch die Nixon-Regierung konnte die sozialistische Republik kaum US-Großtechnologien importieren. Statt dessen sah man sich gezwungen, auf Vorhandenes zurückzugreifen und Altbewährtes neu zu nutzen: Von der Vorgängerregierung hatte Allende 500 Telexgeräte übernommen, sie bildeten die technische Basis für Cybersyn. Per Fernschreiber ließen sich elektronische Textnachrichten quer durch das ganze Land verschicken, je einer davon stand in jeder Fabrik, verbunden mit zwei Großrechnern im Kontrollraum von Santiago de Chile. Die Telexgeräte lieferten täglich neue Daten zu aktuellen Rohstoffniveaus, quantifizierbare Informationen dieser Art bildeten die Basis für die statistische Aufbereitung, Entscheidungen über den weiteren Verlauf einer Branche wurden oft noch am selben Tag getroffen.

Im Jahr 1973 nahm das sechsköpfige Cybersyn-Team von Flores und Espejo seine Arbeit im Herzen von Santiago de Chile auf. Die Cybersyn-Zentrale bestand aus einem sechseckigen Raum, ausgestattet mit sieben drehbaren Sesseln aus weißem Fiberglas. An ihren Armlehnen befanden sich nebst Aschenbechern und Einbuchtungen für Whiskygläser auch Knöpfe mit geometrischen Formen, die den erneuten Abruf der auf einem riesigen Monitor frontal im Raum präsentierten Zahlenkolonnen möglich machten. Alle Informationen, die den Kontrollraum erreichten, passierten die Relais von IBM-Mainframe-Computern. Das darauf implementierte Programm arbeitete mit Bayes-Filtern und wurde von dem in Stanford ausgebildeten chilenischen Informatiker Isaquino Benadof entwickelt. In ihren Grundzügen basiert die Software

auf einer einfachen Input-Output-Matrix: In der senkrechten Leiste einer Matrix werden die Branchen notiert, in der waagerechten die Ressourcen. Liest man sie horizontal, erkennt man, wohin der Output – also die fertigen Waren einer Branche – geht, in der senkrechten Abfolge wird ersichtlich, woher die für die Produktion benötigten Rohstoffe kommen. Auf diese Weise ließ sich etwa berechnen, wie viel Aluminium, Zinn und Kupfer benötigt wurden, um eine Glühbirne herzustellen.

Des Weiteren trägt Cybersyn die Handschrift des britischen Kybernetikers und Managementtheoretikers Anthony Stafford Beer, der 1971 im Auftrag von Fernando Flores nach Chile reiste. Beer hat die technische Infrastruktur hinter Cybersyn mit einem auf sensorischen Übertragungen basierenden Nervensystem verglichen und naturalisierende Analogien zwischen zerebralen Vorgängen und Datenleitungen hergestellt. Cybersyn war jedoch kein vom technofetischistischen Versprechen auf unbegrenzte Geschwindigkeit getriebenes, akzeleratoristisches Unternehmen, vielmehr handelte es sich um ein technolo-

gisch unterstütztes Pilotprojekt für eine sozialistische Ökonomie der Planung. Informationen zu Verbrauch und Produktion in den Wirtschaftszweigen Energie, Kupfer, Stahl, Petrochemie, Fischfang und Transport wurden erstmals quantitativ erfasst, elektronisch übertragen und in ein Verhältnis zueinander gesetzt. Erst durch Interpretation wurde aus einer schier endlos erscheinenden Flut an Informationen ein geordnetes Ganzes: Die statistischen Auswertungen ermöglichten Rückschlüsse auf Künftiges und Analysen des Vergangenen, ökonomische Entwicklungen konnten antizipiert, und bei absehbaren Engpässen konnte adäquat reagiert werden.

Die aus dieser Richtung kommenden Signale hat Salvador Allende früh vernommen. Während des CIA-gestützten Streiks der chilenischen Transportunternehmen im Oktober 1972 organisierte er 200 loyale Lkw-Fahrer, die selbst während der Krise die Verfügbarkeit von lebenswichtigen Gütern sicherstellen konnten. Ein Telex im Transportministerium half ihm dabei, die Bevölkerung selbst im Ausnahmezustand noch mit dem Nötigsten zu versorgen.

Putsch in Chile

erscheint als Beilage der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion:

Ronald Weber (V.i.S.d.P.), Daniel Bratanovic

Anzeigen:

Elisabeth Nolte

Bildredaktion:

Ivett Polyak-Bar Am

Gestaltung:

Michael Sommer

Am Mittwoch,

27. September,

erscheint das *iW-Spezial*

China

ANZEIGE

VOLKSTHEATER ROSTOCK /

CHILE LEBT!

EINE VERANSTALTUNG ZU DEN JAHRESTAGEN
50. JAHRE MILITÄRPUTSCH IN CHILE /
50. TODESTAG SALVADOR ALLENDES /
49. JAHRESTAG DES CHILENISCHEN EXIL-ENSEMBLES AM VOLKSTHEATER ROSTOCK
11.09.2023 / 20:00 UHR / ATELIERTHEATER

SZENERIEBILD: N. KRAUSE / 1976/77

ANZEIGE

Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg
Tel.: 030/6 11 90 09, Fax: 030/6 17 57 50.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr

Nachdem Bilder und Berichte über den Tod Salvador Allendes und den blutigen Militärputsch die Welt erschütterten, kamen Details über die Rolle der USA und ihres Auslandgeheimdienstes bei deren Vorbereitung und Ausführung ans Licht. Die Machtübernahme der Faschisten war auch das Ergebnis jahrelanger CIA-Aktivitäten. Mehrere US-Präsidenten hatten dafür gesorgt, dass in Chile keine den USA nicht genehme Regierung überleben würde.

Unentwegte Wühlarbeit

Die CIA war 1958 auf den 50jährigen Marxisten Salvador Allende aufmerksam geworden, der bei den Präsidentschaftswahlen überraschend fast 29 Prozent der Stimmen erreicht hatte und nur knapp von seinem rechtskonservativen Kontrahenten geschlagen wurde. Sechs Jahre später wurden Allende erneut gute Chancen eingeräumt. Doch inzwischen hatte in Kuba eine Revolution gesiegt, die CIA-Invasion in der Schweinebucht war kläglich gescheitert, und Fidel Castro hatte das Land in das sozialistische Lager integriert. Zwei Jahre vor den nächsten chilenischen Wahlen vom September 1964 billigte US-Präsident John F. Kennedy ein Programm für einen politischen Feldzug zur Verhinderung einer Präsidentschaft Allendes. Der Nachrichtendienst schuf Kanäle, durch die Millionen Dollar zugunsten des christdemokratischen Kandidaten Eduardo Frei nach Chile flossen. Einem Bericht des US-Senats zufolge übernahm die CIA mehr als die Hälfte seiner Wahlkampfkosten, bezahlte Journalisten und bestach Gewerkschafter. Frei gewann die Wahl. Doch Allende galt weiterhin als Gefahr für die Interessen der Vereinigten Staaten in der von ihnen als ihr Hinterhof betrachteten Region. Es ging um Rohstoffe wie Kupfer oder Salpeter und mehr. Unter Kennedy hatten US-Banken und -Konzerne riesige Summen für ein Programm in Chile investiert, um das Land als »wohlhabende Alternative« zu Kuba darzustellen.

Der Versuch misslang. Die sozialen Spannungen wuchsen. 1966 wurde Allende zum Präsidenten des Senats gewählt. Er reiste nach Kuba und Vietnam und wurde von der mittlerweile gegründeten »Unidad Popular« als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 1970 aufgestellt. Im Weißen Haus und dem CIA-Hauptquartier in Langley schrillten die Alarmglocken. »Ich sehe nicht ein, weshalb wir zulassen sollten, dass ein Land nur wegen einer unverantwortlichen Haltung seiner Bevölkerung marxistisch wird«, erklärte der Sicherheitsberater von US-Präsident Richard Nixon, Henry Kissinger, im Juni 1970. Erneut investierte die CIA Millionen, um Allende zu diskreditieren und seine Wahl zu verhindern. In Chile wurde die Kampagne gegen den Präsidentschaftskandidaten von Botschafter Edward M. Korry und dem Leiter des CIA-Büros in Santiago, Henry Heckscher, koordiniert. Heckscher hatte Erfahrungen mit dem Versuch der Destabilisierung von Regierungen in Guatemala und Deutschland gesammelt. Als Leiter des CIA-Büros in Westberlin hatte er am 17. Juni 1953 gebeten, Waffen an die »Aufständischen« in der DDR zu liefern.

Trotz subversiver Kampagnen erzielte Allende am 4. September 1970 mit 36,4 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis. Nach der Verfassung musste der Kongress es innerhalb von 50 Tagen nur noch ratifizieren. Nun setzten die CIA und ihre Auftraggeber alles daran, den gewählten Präsidenten so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Eine Woche nach der Wahl wurde Augustín Edwards, ein Gegner Allendes und CIA-Vertrauter, in Washington von Kissinger empfangen. Edwards gehörten die meisten Kupferminen in Chile, die größte Zeitung des Landes, *El Mercurio*, und die Abfüllfabrik für Pepsi Cola. Auf Empfehlung Kissingers besprach Edwards



Für die USA inakzeptable Zustände. Kubas Staatschef Fidel Castro zu Besuch bei Chiles Präsident Salvador Allende, November 1971

Langleys Hinterhofpolitik

Wie die CIA am Putsch gegen Allende mitwirkte. Von Volker Hermsdorf

mit CIA-Direktor Richard Helms dann im Hilton-Hotel Möglichkeiten und Zeitplan für einen Militärputsch. Für dessen publizistische Vorbereitung stellte die CIA Edwards und seiner Zeitung eine Summe von 1,95 Millionen Dollar zur Verfügung.

Am 16. September erklärte Helms, Präsident Nixon habe den Auslandsgeheimdienst aufgefordert, Allende »um jeden Preis« am Amtsantritt zu hindern oder ihn wieder aus dem Amt zu vertreiben. Die CIA hatte dafür zwei Strategien entwickelt. Zunächst sollten die USA ihre wirtschaftliche Stärke und ihren Einfluss nutzen und »Chile und die Chilenen zu äußerster Not und Armut verdammen, um auf diese Weise einen Volksaufstand zu provozieren«. Wenn diese Maßnahmen keinen Erfolg hätten, bliebe als zweite Option der Militärputsch. Nixon und Kissinger stimmten zu, wiesen aber darauf hin, dass alle Operationen verdeckt durchzuführen seien, um die Urheberschaft der USA und ihrer Dienste zu verbergen. Nixon bewilligte zehn Millionen Dollar, um Allendes Position zu unterminieren und in Chile politisches und wirtschaftliches Chaos zu stiften.

Komplot und Kampagne

CIA-Agenten bauten ein Netz aus Militärs und politischen Saboteuren auf, die versuchten, die Loyalität der Streitkräfte zu untergraben. Botschafter Korry dämpfte die Erwartungen und warf ein, die Putschpläne hätten »keine Chance«, solange der verfassungstreue General René Schneider Chef des Heeresstabes sei. Daraufhin wurde Schneider am 22. Oktober 1970 von einem von der CIA unterstützten Killerkommando überfallen und angeschossen. Er erlag am 25. Oktober, einen Tag, nachdem Allende vom Kongress mit 153 zu 35 Stimmen als Präsident bestätigt worden war, seinen Verletzungen.

Neben Angriffen auf die Wirtschaft, Terroranschlägen und Morden in Chile finan-

zierte die CIA Medienkampagnen in der westlichen Welt. Im Januar 1978 veröffentlichte die *New York Times* einen Beitrag mit der Überschrift »Die CIA errichtete und manipulierte ein weltweites Propagandanez«. Dem Artikel zufolge hatte der US-Geheimdienst Millionen Dollar für Berichte, Leitartikel und Sendungen ausgegeben, um Allende und seine Regierung zu diskreditieren. Die sozialpolitischen Erfolge der Unidad Popular wurden in westlichen Medien unterschlagen. Berichte über angeblichen Hunger, Gewalt und Chaos in Chile häuften sich. Den Stoff dafür lieferten Aktionen wie die von Frauen aus wohlha-

benden Stadtteilen, die bei Demonstrationen auf leere Kochtöpfe schlugen oder ein Streik von Transportunternehmern und Lkw-Fahrern, die ebenfalls von der CIA unterstützt wurden.

Schließlich führte die jahrzehntelange Wühlarbeit in Chile zum gewünschten Ergebnis. Zwölf Jahre nach der Niederlage von CIA-Söldnern bei der Invasion in Kubas Schweinebucht meldete Langley: »Der Putsch fand am 11. September statt. Er ging rasch und blutig über die Bühne.« Einer seiner Drahtzieher, Henry Kissinger, wurde im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

ANZEIGE

Gestern Chile- heute Cuba?

In Chile errang 1970 mit Salvador Allende ein Marxist per Wahlen das höchste Amt im Staat. Seinen demokratischen Weg beendete vor 50 Jahren ein blutiger Militärputsch. Er erfolgte in direkter Verschwörung mit Washington und ermöglichte den Beginn eines Neoliberalismus, der bei Ausschaltung des Widerstandes der Bevölkerung krasse soziale Ungleichheit hervor-

brachte. Fidel Castro hatte vor der gefährlichen Illusion eines unvorbereiteten Kampfes gewarnt und schenkte Salvador Allende ein Gewehr. Allende wurde vom Volk sehr geliebt, er hatte das Land revolutioniert und umgestaltet, verstaatlichte Industrieunternehmen und verteilte Agrarland neu. Doch die USA erlaubten kein zweites Cuba. Die Wirtschaft sollte in ausländischer Hand bleiben. Ein Land, in dem „der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht“, wie es Allende in seiner Abschiedsrede propagierte, ist in Cuba weiterhin das Ziel. Die USA und ihre Verbündeten haben es trotz Wirtschaftsblockade, Medienkrieg und Subversion nicht geschafft, das cubanische Volk zu entzweien. Schluss mit der US-Blockade!

Infos zu Cuba:
netzwerk-cuba.de

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Info@netzwerk-cuba.de
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
GLS Bank · BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00

NETZWERK CUBA

- informationsbüro - e.V.

Die langen Wellen der Konterrevolution

Mit dem Putsch von 1973 wurde der Neoliberalismus in Chile gewaltsam installiert. Das wirkt bis heute nach. **Von Frederic Schnatterer**

Im November 2021 gab sich der damalige Präsidentschaftskandidat Gabriel Boric kämpferisch. »Wenn Chile die Wiege des Neoliberalismus in Lateinamerika war, dann wird es auch sein Grab sein«, erklärte der Politiker des Frente Amplio zuversichtlich. Mit dem Slogan ließ sich zu der Zeit durchaus Wahlkampf machen. Nur etwas mehr als ein Jahr zuvor hatte sich eine überwältigende Mehrheit in einem Referendum für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ausgesprochen, die die alte, noch aus der Militärdiktatur stammende ersetzen sollte. Im Mittelpunkt der Massenproteste von 2019 stand die Kritik an der großen Ungleichheit im Land – eine Folge des Neoliberalismus, dessen Ursache wiederum in der geltenden Verfassung gesehen wurde.

Heute ist Boric Staatschef des südamerikanischen Landes, eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist allerdings nicht absehbar. Am 4. September 2022 votierten 62 Prozent der Wähler gegen einen zuvor von einem Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, der einen deutlichen Bruch mit dem gültigen Text bedeutete. Anfang Juni 2023 legte eine sogenannte Expertenkommission nach dreimonatiger Arbeit einen neuen Entwurf vor. Auf dieser Grundlage macht nun ein Verfassungsrat weiter, dessen Mitglieder im Mai gewählt worden waren. Er wird von der Rechten dominiert, allein der Partido Republicano, dessen Vorsitzender José Antonio Kast mehrfach öffentlich seine Bewunderung für den ehemaligen Diktator Augusto Pinochet ausgedrückt hat, verfügt über 22 der 51 Sitze.

Die Verfassung, die ersetzt werden soll, stammt aus dem Jahr 1980. Trotz Veränderungen, die in den Jahren 1989 und 2005 vorgenommen worden waren, hat sich ihr grundsätzlicher Charakter bis heute nicht geändert. Ihre Geschichte reicht jedoch weit vor das Jahr 1980 zurück und ist untrennbar mit dem Militärputsch gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Al-

lende am 11. September 1973 verbunden. Zwar war der Staatsstreich kein Teil eines neoliberalen Masterplans. Trotzdem schuf er die Voraussetzungen für die Implementierung des heutigen chilenischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

Im September 1970 hatte Allende als Kandidat des Linksbündnisses Unidad Popular (UP) mit 36,6 Prozent einen knappen Vorsprung bei den Präsidentschaftswahlen erlangt und war dann vom Parlament gewählt worden. Sein Versprechen eines »demokratischen Wegs zum Sozialismus« umfasste die Vertiefung dreier Kernvorhaben, die bereits von vorherigen Regierungen angestoßen worden waren. So sollten Schlüsselindustrien verstaatlicht, die unter seinem Vorgänger Eduardo Frei begonnene Landreform vertieft und mittels Sozialprogrammen der gesellschaftliche Reichtum umverteilt werden. Diese Maßnahmen sollten mit einer Umgestaltung des Staates hin zu einem »Estado Popular« einhergehen – einer Gesellschaft, in der die Macht tatsächlich vom Volke ausgeht.

Chicago Boys und Staatsterror

Kapitaleigner und Großgrundbesitzer setzten seit Tag eins der Regierung Allende auf deren Destabilisierung. Dabei konnten sie auf die tatkräftige Unterstützung Washingtons zählen. Bereits 1970 hatte US-Präsident Richard Nixon die CIA angewiesen, die chilenische Wirtschaft »zum Schreien zu bringen«, wie aus lange unter Verschluss gehaltenen Geheimdokumenten hervorgeht. Auf Druck der USA wurde die Allende-Regierung von der Kreditvergabe der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank ausgeschlossen. Zudem blockierte die Nixon-Administration die Umschuldung von chilenischen Verbindlichkeiten im Ausland. So wurden die Produktivität gedrosselt, Investitionen erschwert und die chilenische Wirtschaft von den internationalen Märkten abgeschnitten. Die Folge: eine schwere

Wirtschaftskrise, die 1973 ihren Höhepunkt erreichte.

Für die chilenische Rechte wurden mit dem Amtsantritt von Allende und dessen Unidad Popular die schlimmsten Alpträume wahr. Sie begann sich zu radikalisieren. Bei immer größeren Teilen der Bourgeoisie sowie rechtskonservativer Kreise bildete sich die Überzeugung heraus, ein »radikaler Bruch« mit der Regierung sei notwendig – worunter immer häufiger auch ein Militärputsch verstanden wurde. Zum »radikalen Bruch« gehörte ebenfalls mehr und mehr der Wunsch, die Wirtschaft wie die gesamte chilenische Gesellschaft konterrevolutionär umzugestalten.

Diese sich bei den Mächtigen langsam durchsetzende Haltung schuf für eine Gruppe chilenischer Ökonomen – die sogenannten Chicago Boys – beste Voraussetzungen für ihre Überzeugungsarbeit. Sie konnten so ihren Einfluss in wichtige Kreise der chilenischen Gesellschaft ausdehnen. 1956 hatte die School of Economics der Chicago University eine Kooperationsvereinbarung mit der Pontificia Universidad Católica de Chile (PUC) abgeschlossen. Die beinhaltete unter anderem ein Austauschprogramm für Professoren sowie ein Stipendienprogramm für chilenische Studenten, die an die US-Hochschule geschickt wurden. Die Universität in Chicago, an der seit 1946 Milton Friedman lehrte, galt bereits damals als führend für das globale neoliberale Projekt.

Finanziert wurde die Vereinbarung über Umwege von der US-Regierung, die den zu der Zeit in Chile vorherrschenden strukturalistisch bis marxistisch geprägten Wirtschaftswissenschaften eine Ideologie des freien Marktes entgegenstellen wollte. Anfangs beschränkte sich ihr Einfluss jedoch auf die recht unbedeutende Wirtschaftsfakultät der PUC sowie einige wenige Unternehmer. Das änderte sich erst mit dem Amtsantritt von Allende, als die von den Chicago Boys vorgeschlagenen »Korrekturmaßnahmen« allmählich in immer größeren Kreisen der Rechten opportun erschienen. Ihrer antikomunistischen Hoffnung entsprechend sollte mit den Maßnahmen nicht nur die UP-Regierung gestürzt, sondern es sollten auch sozialistische Ideale schnell und endgültig ausgerottet werden – eine Konterrevolution des Kapitals.

Bereits direkt mit dem Putsch am 11. September 1973 bauten die neoliberalen Wirtschaftsdeologen der Chicago Boys enge Beziehungen zum Militäregime auf. Am 14. September berief Marineadmiral José Toribio Merino, der nach dem Staatsstreich der Junta angehörte, Sergio de Castro zum Berater des Wirtschaftsministers. Der führende Chicago Boy sollte später selbst das Wirtschafts- sowie das Finanzministerium unter Pinochet leiten. Schon am 12. September, nur einen Tag nach dem Putsch, hatte die Gruppe der Junta ihre Studie »El Ladrillo« (Backstein) ausgehändigt. Die Aufsatzsammlung gilt als Grundlage vieler wirtschaftspolitischer Maßnah-

men, die während der Militärdiktatur in die Realität umgesetzt wurden.

Zur Rechtfertigung des Staatsstreichs diente die Legende, Chile müsse vor den »sozialistischen Experimenten« der Unidad Popular gerettet werden. So wiederum wurden alle folgenden Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte als »notwendige Übel« legitimiert. Eine wirtschaftliche Modernisierung des Landes wurde als dringend geboten dargestellt, eine Ablehnung jeglicher staatlicher Regulierungsmaßnahmen mit einbegriffen. Über ein klar definiertes Wirtschaftsprogramm verfügten die Putschisten nach dem Staatsstreich allerdings zunächst nicht. Ziel war vorerst, »das Fortschrittsniveau wiederzuerlangen, das unser Land hatte und das von der marxistischen Regierung von Allende drei Jahre lang gestoppt und untergraben worden ist«, wie Pinochet selbst erklärte.

Eine notwendige Voraussetzung dafür war der organisierte Staatsterror, der gegen Anhänger der UP-Regierung, andere Linke und insgesamt die organisierte Arbeiterschaft vom Zaun gebrochen wurde. Er erst ermöglichte, dass Chile zum »Labor des Neoliberalismus« wurde. 1975 nahm die Junta den »Plan de Recuperación Económica« (Plan zur wirtschaftlichen Erholung) an – die »Schocktherapie«, die Friedman für Chile gefordert hatte. Fast zwei Jahrzehnte nach Beginn des Austauschprogramms zwischen der Pontificia Universidad Católica und der Chicago University bot sich nun die Möglichkeit, nicht nur mit den unter der Unidad Popular gemachten Fortschritten aufzuräumen, sondern sogleich die seit Jahrzehnten im Land wirksamen Beschränkungen für die Wirtschaft aus dem Weg zu räumen. Dank der Diktatur war keinerlei Gegenwehr von Arbeiterorganisationen zu befürchten.

Die neoliberalen Vorgaben – Privatisierungen, Deregulierungen und drastische Einschnitte bei Staats- und insbe-

ANZEIGE

Gerade jetzt benötigt Kuba unsere sofortige Solidarität!

Der Hurrikan IDALIA hat am 28./29. August den Westen Kubas mit einer Geschwindigkeit von 120-165 km/h überquert.

Schwere Regenfälle, Erdbeben und sogar Sturmfluten an der Nord-Westküste. 117.000 Haushalte sind ohne Strom, da der Sturm viele Leitungen zerstörte. Zahlreiche Familien wurden evakuiert. Die größten Schäden gibt es in der Landwirtschaft, da aufgrund des Starkregens Gemüse und Früchte nicht geerntet werden können. Die Auswirkungen des Hurrikans betreffen die Provinzen Pinar del Rio und Artemisa, vor allem auch die Bergregionen, wo die Solaranlagen der Kaffeebauern Schäden erlitten. Unsere Presse schweigt, nur über Florida wird berichtet!

Deshalb unsere Antwort: **Soforthilfe für Kuba**, vor allem für die betroffenen Provinzen Pinar del Rio und Artemisa!

Bitte unterstützen Sie unseren Aufruf und spenden Sie für die Beseitigung der schweren Schäden! Dafür sagen wir danke!

KarEn
VEREIN ZUR FÖRDERUNG
ALTERNATIVER ENERGIEEN
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Hurrikanhilfe Kuba "IDALIA"
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 1001 0010 0589 4631 04
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

ANZEIGE

Buchhandlung & Antiquariat

Der kleine Buchladen

im Karl-Liebknecht-Haus

In der Mitte Berlins
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin



www.kleinerbuchladen.de
Instagram: @kleinerbuchladen
030 / 247 246 83



Chiles radikalkapitalistische Wirtschaftspolitik stützte sich auf den terroristischen Gewaltapparat des Militärs (das zum Internierungslager umgewandelte Nationalstadion in Santiago, September 1973)

sondere Sozialausgaben – wurden in die Praxis umgesetzt. Zu den Maßnahmen gehörten die Privatisierung praktisch aller zuvor staatlichen Unternehmen, Banken und Versorgungseinrichtungen, die radikale Reduzierung von Zöllen sowie die brutale Kürzung öffentlicher Ausgaben. Zwischen 1973 und 1979 strich die Junta ihre Ausgaben von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 26 Prozent zusammen. Große Teile des Bildungs-, des Renten- sowie des Gesundheitssystems wurden privatisiert – und sind es bis heute. Im Jahr 1980 befanden sich von 400 Unternehmen, die zum Zeitpunkt des Putsches staatlich gewesen waren, nur noch 15 in öffentlicher Hand. Die an den Schaltstellen in zahlreichen Ministerien sitzenden Chicago Boys hatten freie Hand.

Die Pinochet-Verfassung

Nur wenige Tage nach dem Staatsstreich erhielt der rechtskonservative Jurist Jaime Guzmán, ebenfalls von der PUC, den Auftrag, eine Verfassung für die Militärjunta auszuarbeiten. Später wurde eine Kommission gegründet, der weitere

ultrarechte Intellektuelle und Politiker angehörten. Nach fünfjähriger Arbeit präsentierten die Mitglieder der sogenannten Comisión Ortúzar am 17. Oktober 1978 einen ersten Verfassungsentwurf. Nach weiterer Revision durch die Militärjunta wurde die Konstitution am 11. September 1980 in einer keineswegs freien Volksabstimmung angenommen.

Die Pinochet-Verfassung bildet die Grundlage des bis heute in Chile herrschenden neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Sie legt fest, dass die Rolle des Staates auf ein Minimum reduziert ist und garantiert Kapitalinteressen Vorrang gegenüber sozialen Grundrechten. So wie das Individuum in nahezu allen Lebensbereichen auf seine Rolle als Wirtschaftsakteur reduziert wurde, »atomisierte« sich die chilenische Gesellschaft. Darüber hinaus bestand die Funktion der Verfassung von 1980 auch darin, den Bestand der nach 1973 eingeführten Ordnung auch über das formale Ende der Diktatur hinaus zu garantieren. So setzt sie demokratischen Veränderungsmöglichkeiten enge Grenzen. Sie schuf Institutionen und Mechanismen, die es Diktaturanhängern und anderen Rechten

ermöglichen, grundlegendere Reformen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu blockieren. Hierin liegt ihr bis heute wirkmächtiges Erbe: Die Verfassung zementiert das neoliberale Politikverständnis, das allen demokratischen Mechanismen grundsätzlich misstraut.

Auch wenn die internationale Rechte die Auswirkungen des neoliberalen Umbaus Chiles in höchsten Tönen lobte: Von einem »ökonomischen Wunder« – den Begriff prägte Friedman in bezug auf die chilenische Entwicklung am 25. Januar 1982 in seiner Kolumne in *Newsweek* – kann keine Rede sein. Mit der Wirtschaftsleistung des Landes ging es bergab. Leidtragende waren die Beschäftigten, Frauen und Kleinbauern. Zwischen 1973 und 1980 sank der Durchschnittslohn eines Arbeiters um 17 Prozent. Die Erwerbslosenquote stieg rapide an und erreichte 1982 fast 30 Prozent. Als Chile 1990 formal zur bürgerlichen Demokratie zurückkehrte, lebten selbst nach offiziellen Angaben rund 45 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die reichsten zehn Prozent hatten ihr Vermögen während der Militärdiktatur indes fast verdoppeln können.

Massenverarmung und stetig wachsende Ungleichheit führten zu immer mehr Protesten, insbesondere infolge der Schuldenkrise 1982, die auch Chile hart traf. Die Verfassung von 1980 sah die Möglichkeit vor, 1988 mittels eines Referendums darüber abstimmen zu lassen, ob Pinochet weitere acht Jahre an der Macht bleiben solle. Trotz des eindeutigen »Nein« im Plebiszit und des Sieges einer »Mitte-links«-Koalition – der sogenannten Concertación – bei den Wahlen im folgenden Jahr blieben grundsätzliche Veränderungen am neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell aus. Vielmehr passten die folgenden Concertación-Regierungen nach 1990 das vorherrschende Modell an den neuen institutionellen Rahmen an. Manche Beobachter sprechen daher davon, dass es so gefestigt wurde.

Das Erbe der Junta

Das Ende der Pinochet-Diktatur wurde auf einem von der Militärjunta selbst konzipierten Wege erreicht. Auch deswegen geriet ihr Erbe in den Folgejahren nie ernsthaft in Gefahr – trotz vereinzelter größerer Mobilisierungen beispielsweise von Studierenden oder der Bewegung gegen das private Rentenversicherungssystem AFP. Das änderte sich erst mit der »sozialen Revolte« von 2019, als innerhalb weniger Wochen Hunderttausende auf die Straßen gingen, sich in Stadtteilkomitees organisierten und über alternative Gesellschaftsentwürfe diskutierten. Sie hatten das neoliberale Modell als Ursache für die extremen sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Chile erkannt. Plötzlich schien es, als stünde der Neoliberalismus in Chile unmittelbar vor seinem Ende.

Das böse Erwachen kam mit dem eindeutigen Nein zum ausgearbeiteten Verfassungsentwurf am 4. September 2022. Chiles Staatspräsident Boric, der gemeinsam mit der Kommunistischen Partei regiert, ist heute weit davon entfernt, den Neoliberalismus zu Grabe zu tragen. Zwar wird die Verfassung von 1980 durch eine neue ersetzt werden. Dass sich die neue Konstitution allerdings grundlegend vom aktuell gültigen Text aus der Pinochet-Diktatur unterscheiden wird, ist unwahrscheinlich. Angesichts der im Konvent herrschenden Dominanz rechter Abgeordneter ist es sogar gut möglich, dass die Chileninnen und Chilenen am 17. Dezember über einen noch reaktionäreren Entwurf abstimmen müssen. Die Konterrevolution, die die Allende-Regierung stürzte, ist heute noch nicht beendet.

FILE: GBR/REUTERS

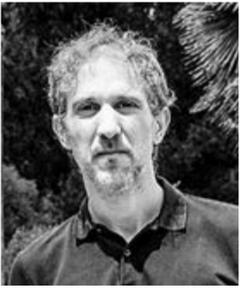
ANZEIGE

Chile heute

Ein Blick auf die Theaterszene nach dem Putsch vor 50 Jahren

HAU  DIALOG
11.9. / HAU3

→ www.hebbel-am-ufer.de



Jan Stehle ist am Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin tätig. Er forscht seit Jahren zum Thema Colonia Dignidad und setzt sich für die Aufarbeitung der dort begangenen Verbrechen ein. 2021 erschien seine Dissertation »Der Fall Colonia Dignidad – Zum Umgang bundesdeutscher Außenpolitik und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen 1961–2020« im Transcript-Verlag.

Download unter: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5871-2/der-fall-colonia-dignidad/>

Sie sind seit den 1990er Jahren als Menschenrechtsaktivist daran beteiligt, die Verbrechen der Colonia Dignidad aufzuarbeiten. Was war die Colonia Dignidad?

Bei ihr handelte es sich um eine Gruppe von etwa 300 bundesdeutschen Staatsbürgern, die größtenteils zwischen 1961 und 1963 nach Chile ausgewandert waren. Ihr Anführer war Paul Schäfer, ein Laienprediger, der in der Nachkriegszeit bei der evangelischen Kirche als Leiter von Jugendgruppen beschäftigt war. Er wurde immer wieder entlassen, weil es Gerüchte über sexuellen Missbrauch gab, was allerdings dem damaligen Zeitgeist entsprechend unter den Teppich gekehrt wurde. Nachdem erstmals Strafanzeige gegen ihn gestellt worden war, begann er mit seinen Anhängern seine Flucht vor der deutschen Justiz zu planen. Die Wahl fiel auf Chile, wo ein Grundstück am Fuße der Anden erworben wurde, fast 400 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago.

Sie sprechen von einem »System Colonia Dignidad«. Was ist darunter zu verstehen?

Das System Colonia Dignidad bestand einerseits aus der Siedlung selbst, andererseits aus Unterstützungsstrukturen sowohl in Chile als auch in der BRD – in Politik, Wirtschaft und Militär. Die Colonia war ein Staat im Staate. Alles wurde über Kontakte geregelt, über ein Lobbynetzwerk in der Region und dann während der Diktatur bis hoch zu Pinochet und zum Geheimdienstchef Manuel Contreras. Das heißt: Einerseits war die Colonia Dignidad – wenn wir auf die Zeit der Militärdiktatur schauen – ein Schlüsselakteur bei der Repression. Andererseits war sie auch immer ein eigenständiger Akteur mit eigenen Interessen.

Bereits während der Regierungszeit von Salvador Allende begann die Führung der Colonia Dignidad, ein Bündnis mit Rechtsradikalen und Großgrundbesitzern der Region aufzubauen.

Vor der Diktatur war die Macht der Colonia bei weitem nicht so abgesichert wie unter Pinochet. Infolge einer Flucht aus der Siedlung 1966 geriet sie in die Schlagzeilen, auch international. Das war durchaus ein Moment, in dem sie gefährdet war. Die Reaktion war eine Ausweitung des Unterstützungsnetzwerks. Hinzu kam die von Allende angestrebte Landreform, von der auch die Colonia hätte betroffen sein können.

Wie sah die Vernetzung mit ultrarechten Gruppierungen aus?

Die Führung der Colonia Dignidad besorgte sich Waffen auf dem Schwarzmarkt in der Bundesrepublik, die dann nachgebaut wurden – Maschinengewehre, Handgranaten und andere Waffen und Waffenbestandteile. Auch an militanten Aktionen rechtsextremer Gruppen gegen die Allende-Regierung war die Colonia beteiligt. Die Gruppe Patria y Libertad wurde mit Waffen unterstützt.

**Klaus Müller/Knut Hüller
Der Dialog**

Ein Gespräch über Sinn und Unsinn der politischen Ökonomie

2020 veröffentlichte die *Exit*-Redaktion einen Totalverriss des Autors Knut Hüller auf das ein Jahr zuvor erschienene Buch Klaus Müllers „Auf Abwegen“. Müller hat 2021 darauf geantwortet. In diesem Buch werden diese Artikel nun vollständig publiziert, einschließlich der weiteren, nicht veröffentlichten Wortmeldungen der beiden Autoren, in der Annahme, das Streitgespräch zwischen ihnen könnte andere anregen, sich an der Diskussion zu beteiligen und sie fortzusetzen.

ca. 150 Seiten, 18 €, ISBN 978-3-946946-35-9

mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de



Protest gegen die Colonia Dignidad in Bonn, 1988

»Staat im Staate und Schlüsselakteur bei der Repression«

Über die Colonia Dignidad in Chile.
Ein Gespräch mit Jan Stehle

Die Siedlung wurde für militärische Trainings zur Verfügung gestellt.

Welche Rolle spielte die Colonia Dignidad bei den Vorbereitungen des Militärputsches gegen Allende?

Viele der späteren Putschisten haben die Siedlung besucht oder standen in Kontakt zu ihr. Es ist davon auszugehen, dass die Colonia Dignidad im Vorfeld vom Putsch wusste. Sie war daran beteiligt, *Radio Agricultura* in den Tagen vor dem 11. September 1973 militärisch zu befestigen. So wurde abgesichert, dass das Putschistenkommuniqué von dort ausgestrahlt werden konnte. Die Colonia stellte am Tag des Putsches und danach Leibwachen für führende Militärs.

Welche Funktion hatte die Colonia Dignidad für die Pinochet-Diktatur?

Sie stellte ihr Gelände zur Verfügung, ein sehr abgelegener und militärisch befestigter Ort. Das waren perfekte Bedingungen für einen irregulären Geheimdienst wie die Dina (Dirección de Inteligencia Nacional, *jW*), die mittels Terror und Entführungen, Verschwindenlassen, Folter und Mord agierte. In der Colonia Dignidad wurde ein Folterzentrum errichtet, es wurden Waffen- und Sprengstoffschulungen durchgeführt. Die Siedlung wurde zur Haft- und Verhörsstätte für politische Gefangene. Und auch zur Tötungsstätte, in der schätzungsweise mehr als 100 Menschen ermordet wurden. Die Identität keiner dieser ermordeten Personen ist bis heute geklärt, sie gehören zu den mehr als 1.000 Verschwundenen der Diktatur. Außerdem verfügte die Colonia Dignidad über ausgefeilte technologische und Überwachungssysteme, die die Dina nutzte.

Blieb es bei der Unterstützung durch Technik?

Mit der Zeit wurde es für Pinochet schwieriger, sich über offizielle Wege mit Waffen zu

versorgen. Die Colonia verfügte über Kontakte zu Waffenhändlern in der Bundesrepublik und anderorts, über die sie Geschäfte einfädelte. Eine Schlüsselfigur war der ehemalige SS-Mann Gerhard Mertins. In den 60ern gründete Mertins die Merex AG, die mit Überschusswaffen der Bundeswehr handelte. Mertins arbeitete auch für den BND unter dem Decknamen Uranus. Für die Colonia war er zentral, vor allem als Lobbyist. Zur Diktatur und insbesondere zum Dina-Chef Contreras unterhielt Mertins gute Kontakte. Die große Frage ist: Was hat er dem deutschen Geheimdienst berichtet? Bislang hat der BND quasi keine Akten zur Colonia Dignidad freigegeben.

In Ihren Forschungsarbeiten schreiben Sie, beim Fall Colonia Dignidad handle es sich um eine zwischenstaatliche Angelegenheit. Was ist damit gemeint?

Die Verbrechen der Colonia Dignidad waren einerseits interne Verbrechen gegenüber der eigenen Gruppe, andererseits handelte es sich um eine kriminelle Organisation, die nach außen gewirkt hat und beispielsweise mit den chilenischen Geheimdiensten kollaborierte. Die Straftaten wurden auf chilenischem Territorium begangen, allerdings waren die Täter deutsche Staatsbürger. Das hat zu einem Hin-und-Herschieben der Verantwortlichkeiten zwischen der BRD und Chile geführt, sowohl auf der Ebene der Justiz als auch auf der politischen.

Während die chilenische Untätigkeit zu Zeiten der Diktatur einfach zu erklären ist, herrschten in der BRD formal immer demokratische Verhältnisse.

Wichtige Teile der Union, insbesondere der CSU, sympathisierten mit Pinochet. Eine Militärdiktatur, die ökonomische Interessen des westlichen Lagers absicherte, war einer demokratisch-sozialistischen Regierung

vorzuziehen. Solche Haltungen überwogen auch im Auswärtigen Amt. In den ersten Jahren der Pinochet-Diktatur kam aus der Botschaft der BRD in Santiago kein kritisches Wort zur Colonia, obwohl es diverse Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen gab.

Spätestens ab 1977, als Amnesty International eine umfangreiche Broschüre mit Zeugnissen von Überlebenden der Folter herausgab und der Stern den Beitrag »Das Folterlager der Deutschen« veröffentlichte, waren die Verbrechen der Colonia Dignidad einem interessierten Publikum in der BRD zugänglich. Änderte sich in der Folge das Verhalten von Auswärtigem Amt und bundesdeutscher Botschaft in Santiago?

Der Botschafter stellte sich vor die Medien und sagte, das könne nicht sein, er sei dort gewesen und da gebe es kein Folterlager. Mindestens bis 1985 haben sich Botschaft und Auswärtiges Amt immer sehr zurückgehalten. 1984/85 flohen zwei Ehepaare aus der Colonia Dignidad und erstatteten umfangreich Bericht über die dort begangenen Verbrechen. Aufgrund dieser Berichte, vor allem aber als Ende der 80er das Ende der Diktatur absehbar war, wurde von Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Colonia gesprochen und die Junta dazu aufgefordert, sie zu beenden. Das Auswärtige Amt bemühte sich jedoch stets, nicht zuzulassen, dass die Verantwortung dafür als eine westdeutsche gesehen wurde.

Am 11. September jährt sich der Putsch gegen Allende zum 50. Mal. Wie steht es um die Aufarbeitung der Verbrechen der Colonia Dignidad?

Deutschland ist zum sicheren Hafen für die Täter der Colonia Dignidad geworden. Das ist skandalös. Die Justiz der BRD ist den Verbrechen nie in angemessener Weise nachgegangen. Zwar wurden immer wieder Ermittlungsverfahren geführt, jedoch nie Anklage erhoben. Wäre die chilenische Justiz nicht tätig geworden, würden die Verbrechen der Colonia Dignidad rein rechtlich nicht existieren. Diese Straflosigkeit ermöglichte es, dass weitere Taten begangen wurden, weit über das formale Ende der Diktatur 1990 hinaus bis zur Verhaftung von Paul Schäfer 2005. 2016 hielt der damalige Präsident Frank-Walter Steinmeier eine bemerkenswerte Rede – eine Mea culpa, die jedoch sehr sanft formuliert war und nur moralische Verantwortung anerkannte. Trotzdem ist danach erst wenig passiert. Am historischen Ort der Verbrechen gibt es bis heute keine Gedenkstätte.

Interview: Frederic Schnatterer

Die Rose von Chile

Die Solidaritätsbewegungen mit Chile in der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich. **Von Gerd Schumann**

(...) und darum liest du an / den Straßen, Plätzen dann / so Namen wie die / Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, / Lumumba, Ho Chi Minh / und Solidarität, / weil nämlich anderswo / der Kampf noch weitergeht

Franz Josef Degenhardt, »Ja, dieses Deutschland meine ich«, 1972

Deutschland 1973 – das waren auch in Sachen Chile zwei Welten. Die in der Kolonialtradition verankerte Haltung der politischen Führung Westdeutschlands zu Freiheitsbewegungen im »Trikont« orientierte sich an den Interessen der herrschenden Klasse. Ob beim südlichen Afrika, in Mosambik und Angola oder im Vietnamkrieg – das geschah unabhängig davon, wer gerade regierte. Es galt auch für die sozialliberale Regierung unter Kanzler Willy Brandt (1969–1974), die deutlich auf Distanz zur Regierung der Unidad Popular (UP) in Chile ging und sich an deren Destabilisierung beteiligte. Die reiche BRD strich »Entwicklungshilfe« und Millionenkredite. Lediglich drei Projekte der »Kapitalhilfe« in Höhe von knapp drei Millionen D-Mark wurden 1971 und 1972 noch bewilligt, fest eingeplante oder informell in Aussicht gestellte Neuzusagen indes eingefroren.

Hilfe aus Ostberlin

Die an Devisen dauerklamme DDR gewährte dem unter gewaltigem ökonomischem Druck stehenden Chile demgegenüber noch im Frühjahr 1973 einen Kredit von immerhin 15 Millionen US-Dollar. Mit Stand vom

11. September 1973 hatte Santiago von den insgesamt vergebenen 49 Millionen US-Dollar 28 Millionen abgerufen. Zwischen 1971 und September 1973 arbeiteten mehrere hundert DDR-Experten in Chile: in der Kupferverarbeitung, der Chemieindustrie, der Fischerei, der Landwirtschaft, im Rundfunk und in vielen anderen Bereichen. Am 25. Januar 1973 lief der erste DDR-Frachter, die »Ferdinand Freiligrath«, in den Hafen von Valparaíso ein, es folgten im Mai weitere, aus Spendengeldern finanzierte Ladungen. Noch Ende August und im September 1973 legten drei Schiffe mit insgesamt 8.423 Tonnen Solidaritätsgütern im Wert von 32 Millionen Mark der DDR in chilenischen Häfen an. Zwei Wochen nach dem Putsch brach die DDR ihre diplomatischen Beziehungen zu den »Mumien« (Floh de Cologne, »Kantate für Rockband«, 1974) um General Augusto Pinochet ab.

Die enge Freundschaft und auch die materielle Solidarität hatten sich im Zuge der Allende-Präsidentschaft ab 1970 zu einem Wesenszug der staatlichen Beziehungen entwickelt. Trotz ihrer beschränkten ökonomischen Möglichkeiten weitete die DDR ihre Hilfe kontinuierlich aus. Die westdeutschen Sozialdemokraten unter Brandt ließen den Genossen aus der Sozialistischen Internationale, Salvador Allende, links liegen, während in Ostberlin die Vorsitzende der UP-Parteien, der Sozialist Clodomiro Almeyda und der Kommunist Luis Corvalán, herzlich begrüßt wurden. Wie auch Gladys Marín, Vorsitzende des kommunistischen Jugendverbandes in Chile, die vor dem Putsch während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin begeistert gefeiert



Gladys Marín, Vorsitzende des kommunistischen Jugendverbandes in Chile zu Besuch in Berlin, Hauptstadt der DDR, hinter ihr links Egon Krenz, Juli 1974

worden war. Die in der DDR gelebte Erfahrung, dass Solidarität unteilbar ist, wurde – vielleicht Vietnam ausgenommen – nie so greifbar und begreiflich wie angesichts der Ereignisse in jenem Land im weit entfernten lateinamerikanischen Süden – und zwar vor wie nach dem Putsch.

Insgesamt mehr als 5.000 chilenische Flüchtlinge nahm die DDR ab September 1973 auf und wurde damit zu einem Zentrum des chilenischen Widerstandes gegen die Pinochet-Junta. Das kulturelle Leben wurde vielfach von der Solidarität mit Chile geprägt, die Probenreihe des Deutschen Theaters brachte Pablo Nerudas »Glanz und Tod des Joaquín Murieta« in einer avantgardistischen Inszenierung. Das 4. Festival des politischen Liedes im Februar 1974 widmete sich Antifaschismus und Internationalismus: Daniel Viglietti sang »Por todo Chile« und »A desalambar«, später präsentierte Mikis Theodorakis Nerudas »Canto General«, Víctor Jaras »Te recuerdo Amanda« landete vorn bei der DT 64-Hitparade, und diverse Künstler beteiligten sich an der LP »Die Rose von Chile«: Renft, Reinhard Lakomy, Puhdys, Chris Doerk ...

Wenn heute von »verordnetem Antifaschismus« oder gar erzwungenem Internationalismus im Osten die Rede ist, kann demgegenüber auf die Solidaritätsbewegung für Chile und Vietnam verwiesen werden. Das kommt der Wirklichkeit des Lebens in der DDR näher als jede Geschichtsdoktrin. Es regt zudem zu der Frage an, warum in der alten – und neuen – BRD Solidarität teilbar ist und ausschließlich von unten wachsen kann, von der Basis gesellschaftlicher Umbrüche, in Bewegungen – selbst wenn aktuell auch die Regierenden gerne »Solidarität« und »Moral« im Munde führen.

Breite Mobilisierung

Die ersten Chile-Komitees in der BRD entstanden Monate vor dem September 1973 in Heidelberg, Tübingen und Frankfurt am Main. Flugblätter und Schriften kursierten überall nach dem schockierenden Ende von Allende und Víctor Jara und dem Beginn des unfassbaren Terrorregimes. In der BRD demonstrierten mehr als 150.000 Menschen, es entstanden an die tausend Chile-Gruppen. Das Thema spielte in der Öffentlichkeit, in Gewerkschaften, Berufsverbänden und Parteien eine bedeutende Rolle. In der Essener Grugahalle gaben 1974 Quilapayún, Inti-Illimani, Isabel Parra, Patricio Castillo sowie aus der BRD Floh de Cologne, Dieter Siverkrüp, Franz Josef Degenhardt und Dietrich Kittner ein großartiges Solidaritätskonzert.

Kaum jemand kam an dem Thema vorbei. Die Solidaritätswelle geriet zum Vorbild für spätere Projekte zu Nicaragua, Grenada, Venezuela, Bolivien. Diskussionsveranstaltungen in Stadt und Land gehörten zum Alltag – auch kontroverse zu eher theoretischen Fragen eines »friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus«, die indes mit der grausamen Realität in Chile wenig zu tun hatten. Gladys Marín, zunächst untergetaucht in Chile und im Widerstand, fand in den Niederlanden, der DDR und der Sowjetunion Zuflucht. Die Spur ihres verschleppten Ehemanns Jorge Muñoz verliert sich irgendwo in einem der Lager. Tausende starben unter der Folter. Am 11. September 1973 erfuhr die bis dahin so sicher geglaubte historische Wende zu einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Welt den ersten, fürchterlichen Rückschlag.

Nachtrag: Als 1991, knapp zwei Jahrzehnte später, Erich und Margot Honecker auf der Flucht vor der westdeutschen Siegerjustiz und einem Lynchmob im bereits kriegsgeschüttelten Moskau landeten, erhielten sie Asyl in der chilenischen Botschaft. Der Gastgeber hieß Clodomiro Almeyda. Nach Intervention der Kohl-Regierung und Boris Jelzins wurde er als Botschafter abberufen, der ehemalige DDR-Staatsratsvorsitzende in die Justizvollzugsanstalt Moabit verfrachtet, in der er schon zwischen 1935 und 1937 gesessen hatte, seine Frau reiste nach Chile aus.

ANZEIGE

Der chilenische Arzt Miguel Enríquez (u.) wurde mit 23 Jahren Führer der revolutionären Linken seines Landes (MIR). Nachdem 1970 ein Parteienbündnis unter dem Sozialisten Salvador Allende die Wahlen gewann, unterstützte die MIR seine Sozialpolitik, ohne in der Regierung mitzuarbeiten – man sah das Scheitern des parlamentarischen Weges zum Sozialismus voraus: Am 11. September 73 wurde die rechtmäßige Regierung durch einen verbrecherischen Militärputsch zerschlagen. Allende verließ sein Regierungsgebäude nicht. Kurz vor seinem Tod übermittelte er noch eine

50 Jahre 11.9. – der Kampf geht weiter!

Nachricht an Enríquez: Nun sei es an ihm, die gemeinsame Sache fortzuführen. Die MIR ging in den Untergrund und wurde ein Hauptziel der Repression. Nach einem Jahr wurde Enríquez von der Geheimpolizei aufgespürt und ermordet. In Kuba wurden chilenische Kämpfer ausgebildet und ihre Kinder wuchsen dort in Sicherheit auf. Neue Menschen setzten den Kampf um soziale Gerechtigkeit in Chile und weltweit fort.

Kuba war und ist Bastion und Beispiel für eine humanere Zukunft. Wir unterstützen seit Jahrzehnten das nach Miguel benannte Hospital in Havanna. Zeigen wir den dort Tätigen anlässlich dieses Tages, dass wir mit ihnen gemeinsam die Geschichte und Gegenwart verstanden haben. Eure Spende unter dem Stichwort ‚Miguel Enríquez‘ ist derzeit ein wichtiger Beitrag dazu.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
Maybachstr. 159, 50670 Köln · Tel. 0221-2405120 · www.fgbrdkuba.de
Spenden (steuerlich absetzbar) IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

ANZEIGE

50 Jahre nach dem Putsch in Chile: Steht Chile vor einem neuen Aufbruch?



Günther Wessel
Salvador Allende
Eine chilenische Geschichte
256 Seiten, 21 Abbildungen
Hardcover mit Schutzumschlag
ISBN 978-3-96289-196-1
25,- €

Am 11. September 2023 jährt sich zum 50. Mal der Militärputsch gegen

Chiles frei und demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Mit dessen Freitod endete der Versuch eines demokratischen Sozialismus, der weltweit Beachtung fand. Günther Wessel erzählt mit Rückgriff auf viele Interviews die Biografie Allendes und die Geschichte des schmalen Landes bis heute. Erneut regiert ein Linksbündnis Chile – und Verteidigungsministerin ist Maya Fernández Allende, eine Enkelin Allendes.

www.aufbau-verlage.de/ch-links-verlag



Erhältlich in Ihrer Buchhandlung

Gegen das Vergessen!

50 Jahre nach dem von den USA inszenierten
faschistischen Putsch in Chile gegen
die demokratische Regierung Allende

Wir gedenken den Tausenden von Ermordeten und
Gefolterten unter der nach dem Putsch folgenden
Diktatur. Viele Verbrechen sind bis heute ungesühnt.
Der Faschismus erfordert entschiedenen Widerstand.

Eine andere Welt ist möglich!

¡Un otro mundo es posible!



Vereinigung Schweiz-Cuba
4000 Basel
Information: www.cuba-si.ch
IBAN CH69 0900 0000 4002 4767 6

Zum 50. Jahrestag des Putsches in Chile

Vier Bände aus der Bibliothek des Widerstands
zum Thema Chile in einem Paket zum Sonderpreis

- 1. Die Schlacht um Chile**
Band 7, 304 Seiten mit 3 Filmen auf 2 DVD's
- 2. Salvador Allende und die Unidad Popular**
Band 28, 230 Seiten mit 6 Filmen auf 2 DVD's
- 3. Diktatur und Widerstand in Chile**
Band 29, 200 Seiten mit 6 Filmen auf 2 DVD's
- 4. Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile**
Band 30, 200 Seiten mit 5 Filmen auf 2 DVD's

Gesamtwert der Einzelbände €119,60
Zum Sonderpreis von €49,90 plus Versandkosten

Direkt im Laika Webshop bestellen:
<https://shop.laika-verlag.de/Buchpaket-Chile/LV-PKT-CHL>



Laika Verlag GmbH • Gaußstr. 60 • 22765 Hamburg

MEMORIA VIVA**LATEINAMERIKA
IM AUFBRUCH**

Buchvorstellungen, Vorträge, Filme und Gespräche ab 10. September

unter anderem mit

21. September - **Dorothee Weitbrecht**

(Historikerin und Geschäftsführerin der Elisabeth Käsemann Stiftung)

24. September - **Carlos Margotta**

(Präsident der Chilenischen Menschenrechtskommission)

17. Oktober - **Jorge Montealegre**

(Autor, Journalist und Überlebender des Estadio Nacional de Chile)

24. Oktober - **Héctor Abad Faciolince**

(Kolumbianischer Autor und Schriftsteller)

30. November - **Juan Garcés**

(Spanischer Rechtsanwalt und Pinochet-Ankläger)

Infos: www.fritz-bauer-forum.de



Ein Opfer der Diktatur

Wurde Pablo Neruda von den Putschisten umgebracht? Über die Frage diskutiert die chilenische Gesellschaft bis heute. **Von David Schidlowsky**

Wie allgemein bekannt ist, starb der chilenische Dichter und Diplomat Pablo Neruda am 23. September 1973. Viele, die Neruda in seinen letzten Tagen in der Klinik begleiteten, wussten, dass er seit 1969 an Prostatakrebs erkrankt war. Während seiner Zeit als Botschafter in Frankreich hatte er sich zwei Operationen unterziehen müssen. Man ging daher davon aus, dass er an den Folgen der Krankheit gestorben war.

Manuel del Carmen Araya Osorio, Nerudas Sekretär, Chauffeur und Leibwächter, äußerte hingegen fast dreißig Jahre später in einem Interview mit der mexikanischen Zeitschrift *Proceso* (8.5.2011), dass Neruda mittels einer Gifteinjektion ermordet worden sei. Man habe ihn daran hindern wollen, Chile zu verlassen und so zu einem der einflussreichsten Gegner des Pinochet-Regimes zu werden. Die Nachricht ging um die Welt. Die Kommunistische Partei Chiles reichte daraufhin eine Klage vor einem Berufungsgericht in Santiago de Chile ein, die am 31. Mai 2011 vom Strafgerichtshof in Santiago angenommen wurde.

Was für den Leser wie eine phantastische Geschichte aussehen mag, macht eine Prüfung der Vorwürfe trotzdem nötig, da es einen Präzedenzfall gibt: den von Eduardo Frei Montalva, chilenischer Präsident zwischen 1964 und 1970. Der hatte den Militärputsch im Jahr 1973 zunächst befürwortet in der Annahme, dass sich die Militärs nach einer kurzen Übergangszeit in die Kasernen zurückziehen würden und das Land rasch zur bürgerlichen Demokratie zurückkehren würde. Aber die Militärs hatten andere Pläne. Frei wurde dann einer der erbittertesten Gegner der Militärjunta. 1982 starb er nach einer Operation in der Klinik Santa María, in der auch Neruda starb. Fast drei Jahrzehnte glaubte man, dass Frei an einem septischen Schock gestorben sei, aber eine Untersuchung im Jahr 2009 stellte fest, dass Eduardo Frei vergiftet wurde. Agenten der CNI, der Nachfolgeorganisation der berüchtigten Dina (Leitung des Nationalen Geheimdienstes), hatten ihm eine Giftspritze in den Bauch verabreicht. Am 18. August 2023 hat der chilenische Oberste Gerichtshof dessen ungeachtet einstimmig den Freispruch der sechs zuvor wegen des Verbrechens verurteilten Personen verfügt und bestätigt, dass Frei lediglich an medizinischen Komplikationen verstorben sei. Unter den Richtern war auch die Juristin, die die Entscheidung im Fall Neruda zu fällen hat: Paola Plaza.

Unstimmigkeiten und Widersprüchlichkeiten in den Aussagen bezüglich des Todes von Neruda machten es der chilenischen Justiz schwer, zu einem eindeutigen Ergebnis zu kommen. Auch die Mitglieder der Familie Reyes (Nachkommen der Brüder des Dichters und andere Verwandte) waren sich nicht einig, wie weiter verfahren werden sollte. Über die Frage, ob die sterblichen Überreste des Dichters exhumiert werden sollten, kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen den Erben, die in einem öffentlichen Streit mündeten. Hinzu kam, dass der die Untersuchung leitende Richter Mario Carroza stets eine Absage erhielt, wenn er die Akten anforderte, mit immer der gleichen Begründung: Es lägen keine Akten vor.

Seit Dezember 2011 musste sich der Untersuchungsrichter mit einem neuen offiziellen Antrag des Rechtsanwalts der Kommunistischen Partei, Eduardo Contreras, beschäftigen, der eine Obduktion des Leichnams forderte. Die Pablo-Ne-



Genossen: Salvador Allende und Pablo Neruda in der Hafenstadt San Antonio, 1970

ruda-Stiftung und ihr Präsident Agustín Figueroa stellten sich gegen ein solches Anliegen. Im Februar 2013 ordnete Carroza schließlich an, dass die Leiche Nerudas zu exhumieren sei. Die Exhumierung fand am 8. und 9. April 2013 in Santiago de Chile statt. Es wurde eine Kommission von sechzehn Experten gebildet, die die Untersuchung vornehmen sollte.

Seitdem haben sich drei Gremien von Gutachtern und Sachverständigen mit dem Fall befasst. Die ersten Untersuchungen im Jahr 2013 ergaben, dass der Dichter an fortgeschrittenem Prostatakrebs litt und eine Vergiftung ausgeschlossen sei. Eine weitere Untersuchung des Leichnams erfolgte im Juli 2013. Am 8. November wurden auf einer Pressekonferenz in Santiago de Chile die Ergebnisse der Untersuchungskommission veröffentlicht. Sie besagen, dass es nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft keinen Nachweis dafür gibt, dass Pablo Neruda ermordet worden sei. Die Kommission stellte außerdem fest, dass die besonderen Umstände und die Zeitspanne, die seit dem Tod vergangen ist, keine eindeutige Aussage über die Todesursache zulassen. Deswegen haben sowohl der Untersuchungsrichter Carroza als auch der Leiter der Untersuchungskommission, Patricio Bustos, betont, dass die Frage einer möglichen Ermordung Nerudas weiter offen bleibt.

Im Jahr 2016 wurden nach einer Ehrung im Parlament die sterblichen Überreste des Dichters nach Isla Negra, südlich von Valparaíso, zurückgebracht. Weil aber die Fragen nach den Todesumständen Nerudas nicht nachließen, kam es bereits ein Jahr später erneut zu einer Untersuchung. Das daraufhin erstellte Gutachten hielt fest, dass die Todesursache nicht die im Totenschein angegebene Kachexie (Gewichtsverlust) gewesen war. Zudem wurde in einem Backenzahn ein Bakterium gefunden: *Clostridium botulinum*. Weitere Gutachten, die von einem kanadischen und einem dänischen Labor vorgelegt wurden, entstanden erst jüngst. Sie sollten klären, ob es sich bei dem entdeckten Bakterium um ein endogenes oder exogenes handelt, d. h. um ein solches aus dem eigenen Körper oder eben um eine biologische Waffe.

Eine internationale Expertengruppe übergab am 15. Februar 2023 die Ergebnisse dieser dritten Untersuchung sowie den Abschlussbericht über den Tod von Pablo Neruda an die neue Untersuchungsrichterin Paola Plaza. Diese verkündete daraufhin, dass die Experten keine Einigung

erzielt hätten und die Ergebnisse nicht veröffentlicht werden könnten. Aufgrund des Todesdatums wird der Fall Neruda wie zahlreiche andere Fälle von Menschenrechtsverletzungen des Pinochet-Regimes auf der Grundlage des Justizgesetzes, das bis 2005 in Kraft war, als geheim eingestuft. Plaza prüft derzeit die Gutachten, die für die Richterin selbst nicht bindend sind. Sie hat vor der Presse lediglich geäußert: »Eine gerichtliche Entscheidung kann sich nicht einzig und allein auf ein einziges Beweisstück stützen (...). Der Bericht tritt nun in die Phase der Prüfung und Überarbeitung ein.« Fristen, bis wann das geschehen sein muss, gibt es nicht.

Einer der Gerichtsmediziner, die an der Exhumierung Nerudas beteiligt waren, der Baske Francisco Etxeberria, formulierte in einem Interview eine vielleicht salomonische Lösung, als er sagte, dass der Dichter, unabhängig davon, ob er vergiftet wurde oder nicht, als »Opfer des Militärputsches von 1973« anerkannt werden sollte. »Ohne den Militärputsch hätte Neruda ein paar Monate länger gelebt« und wäre sicher nicht am 23. September 1973 gestorben. »Der Putsch könnte der entscheidende Faktor sein, der seinen Tod herbeiführte.«

David Schidlowsky ist Literaturwissenschaftler. Er veröffentlichte zuletzt »Pablo Neruda - Leben und Tod eines Dichters« (Berlin 2014).

Aus dem junge Welt-Shop

Carlos Gomes

Chile 1973. Wandbilder und Denkmäler aus DDR und BRD

Verlag 8. Mai, 120 Seiten mit großformatigen
Farbfotos und Landkarte, Hardcover mit
Fadenheftung, 19,90 Euro (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter:
www.jungewelt-shop.de

Erhältlich auch im **junge Welt-Laden**
Torstr. 6, 10119 Berlin · Öffnungszeiten:
Mi-Fr, 13-18 · Tel.: 030/53 63 55 68

Probabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

Jetzt bestellen unter
jungewelt.de/probabo
oder 0 30/53 63 55 84